



# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Finanzausschuss**

20. Wahlperiode – 112. Sitzung

## **Umwelt- und Agrarausschuss**

20. Wahlperiode – 48. Sitzung

## **Europaausschuss**

20. Wahlperiode – 36. Sitzung

am Mittwoch, dem 7. November, 10:00 Uhr,  
im Sitzungszimmer 122 des Landtags

### **Anwesende Abgeordnete**

Christian Dirschauer (SSW), Vorsitzender des Finanzausschusses  
Heiner Rickers (CDU), Vorsitzender des Umwelt- und Agrarausschusses  
Malte Krüger (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Vorsitzender des Europaausschusses  
Michel Deckmann (CDU)  
Rixa Kleinschmit (CDU)  
Ole-Christopher Plambeck (CDU)  
Sönke Siebke (CDU)  
Manfred Uekermann (CDU)  
Rasmus Vöge (CDU)  
Uta Wentzel (CDU)  
Silke Backsen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Jasper Balcke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Oliver Brandt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Dirk Kock-Rohwer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Birgit Herdejürgen (SPD)  
Thomas Hölck (SPD)  
Birte Pauls (SPD)  
Beate Raudies (SPD)  
Sandra Redmann (SPD)  
Marc Timmer (SPD)  
Annabell Krämer (FDP)  
Anne Riecke (FDP)  
Dr. Michael Schunck (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. a) Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2026.....</b>	<b>4</b>
Gesetzentwurf der Landesregierung.....	4
Drucksache 20/3500.....	4
<b>b) Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2026.....</b>	<b>4</b>
Gesetzentwurf der Landesregierung.....	4
Drucksache 20/3501.....	4
Einzelplan 01 – Landtag .....	4
Einzelplan 02 – Landesrechnungshof .....	6
Einzelplan 08 – Ministerium für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz.....	7
Kapitel 08 07 – Europaangelegenheiten.....	7
Kapitel 08 01 – Ministerium.....	9
Kapitel 08 02 – Landwirtschaft, Fischerei.....	12
Kapitel 08 03 – Forstwirtschaft, Jagd.....	17
Kapitel 08 04 – Veterinärwesen, Landeslabor, Absatzförderung.....	19
Kapitel 08 05 – Ländliche Räume.....	20
Kapitel 08 06 – Verbraucherschutz.....	21
Einzelplan 12 – Ministerium für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz.....	23
Kapitel 12 08 – Hochbaumaßnahmen und Raumbedarfsdeckung des Landes	
Einzelplan 13 – Ministerium für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur .....	24
Allgemeine Aussprache.....	24
Kapitel 13 01 - Ministerium/Allgemeines.....	24
Kapitel 13 12 – Immissionsschutz, Bio- und Gentechnologie.....	26
Kapitel 13 13 – Naturschutz.....	28
Kapitel 13 16 – Abfallwirtschaft, Bodenschutz und Altlasten.....	39
Kapitel 13 20 – Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“.....	41
Kapitel 13 21 – Reaktorsicherheit und Strahlenschutz.....	42
Einzelplan 16 – InfrastrukturModernisierungsProgramm für unser Land Schleswig-Holstein (IMPULS 2040).....	43
Kapitel 16 13 – Ministerium für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Naturschutz	
<b>2. Verschiedenes.....</b>	<b>44</b>

Der Vorsitzende, Abgeordneter Dirschauer, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

**1. a) Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2026**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache [20/3500](#)

**b) Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2026**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache [20/3501](#)

(überwiesen am 24. September 2025)

**Einzelplan 01**

**Landtag**

Umdruck [20/5461](#)

Landtagspräsidentin Herbst und Landtagsdirektor Dr. Schliesky führen in Einzelplan 01 inklusive Kapitel 12 01 und 16 01 ein (Sprechzettel, Umdruck [20/5461](#)).

Auf eine Frage der Abgeordneten Raudies antwortet Präsidentin Herbst, in der Nachschiebeliste seien noch Änderungen im Zusammenhang mit dem Sicherheitskonzept zu erwarten.

Auf eine weitere Frage der Abgeordneten erwidert Direktor Dr. Schliesky, für die geplante Zusammenkunft mit dem dänischen Folketing gebe es noch keinen konkreten Termin (Umdruck [20/5461](#), Seite 5).

Abgeordneter Timmer möchte wissen, welche Maßnahmen zur Nordseekooperation es in den Jahren 2024 und 2025 in welcher Finanzhöhe gegeben habe und welche Maßnahmen im Jahr 2026 geplant seien. – Präsidentin Herbst sagt eine schriftliche Information zu.

Direktor Dr. Schliesky bejaht die Frage des Abgeordneten Brandt, dass die seinerzeit beantragte Stellenhebung von A 14 nach A 15 beim Landesbeauftragten für politische Bildung im Haushaltsentwurf nicht enthalten sei.

**Einzelplan 02**  
**Landesrechnungshof**

Umdruck [20/5462](#)

Frau Dr. Schäfer, Präsidentin des Landesrechnungshofs, führt in Einzelplan 02 ein (Sprechzettel, Umdruck [20/5462](#)).

Auf Nachfrage der Abgeordneten Raudies bestätigt sie, dass die A-13-Stellen des höheren Dienstes Aufstiegsmöglichkeiten eröffneten.

(Unterbrechung: 10:30 bis 11:00 Uhr)

## **Einzelplan 08**

### **Ministerium für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz**

Umdrucke [20/5470](#), [20/5567](#)

Herr Schwarz, Minister für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz, führt in Einzelplan 08 ein (Umdruck [20/5567](#)).

Vertreterinnen und Vertreter aller Fraktionen bedanken sich bei dem scheidenden Minister Schwarz für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Abgeordnete Raudies erkundigt sich nach durch die Nachschiebeliste zu erwartenden Änderungen gegenüber dem Haushaltsentwurf. – Minister Schwarz antwortet, angemeldet worden seien zusätzliche Mittel für Entschädigungen gemäß der Gänserichtlinie und das Klimakompetenzzentrum, um den Anforderungen, die der Landtag gestellt habe, nachkommen zu können. Geeint sei, dass weitere GAK-Kofinanzierungsmittel zur Verfügung gestellt werden sollten, um die Mittel, die die Europäische Union zur Verfügung stelle, voll ausschöpfen zu können. Das Finanzministerium sei sehr restriktiv hinsichtlich der Anmeldung möglicher weiterer Stellen. Im Übrigen werde die Nachschiebeliste derzeit verhandelt.

Abgeordnete Redmann erkundigt sich nach den Herausforderungen im Rahmen der GAK. – Minister Schwarz benennt insbesondere die Überlegungen der Europäischen Kommission, den Agraretat und den Bereich ländliche Räume zusammenzulegen.

### **Kapitel 08 07 – Europaangelegenheiten**

Auf die Frage des Abgeordneten Timmer, ob geplant sei, den deutsch-ukrainischen Verein Rozmova finanziell zu unterstützen, sagt Minister Schwarz, dazu könne er keine Aussage treffen.

Abgeordnete Krämer kritisiert grundsätzlich das mangelnde finanzielle Engagement beim Tier-schutz.

Auf Fragen der Abgeordneten Krämer zur Höhe der Kosten für Veranstaltungen und Informationen zu Titel 535 61 – Kosten für Veranstaltungen und Informationen – und Titel 541 01 – Europäische Kommunikationsarbeit und Zielgruppenarbeit des Landes – (Seiten 172 und 173 des Umdrucks [20/5470](#)) antwortet Herr Augustin, Leiter der Abteilung Europa, Ostsee- und Nordseeangelegenheiten im MLLEV, angesetzt seien die von Hamburg vorgeschlagenen Kosten für das Hanse Office, die mit Schleswig-Holstein geteilt würden. Die Ansatzhöhe sei begründet durch die in Brüssel entstehenden Kosten für Veranstaltungen.

Das Ministerium wird gebeten, Auskunft darüber zu geben, welche „weitere geplante EU-Veranstaltung“ im Rahmen der europäischen Kommunikationsarbeit und Zielgruppenarbeit des Landes geplant ist.

Auf die Frage nach weiteren Partnern des Landes bei der Zielgruppenarbeit des Landes nennt Herr Augustin unter anderem die Akademie Sankelmark und die Europa-Union; außerdem seien Studien in Auftrag gegeben worden insbesondere zu der Frage, wie Jugendliche zum Wählen animiert werden könnten. Im Zusammenhang mit einer Backveranstaltung sei eine Broschüre aufgelegt worden, die Backrezepte für Waffeln aus ganz Europa enthalten habe. Diese habe einen sehr guten Absatz gefunden.

Abgeordneter Timmer kritisiert, dass der Bereich Nordseearbeit im Vergleich zur Ostseearbeit wenig im Kapitel auftauche. – Herr Augustin antwortet, Schleswig-Holstein habe in den letzten Jahren versucht, seine Ideen der Nordseestrategien umzusetzen, sei aber wegen fehlender Mitstreiter daran gescheitert. Nichtsdestotrotz werde weiter an diesen Themen gearbeitet.

Abgeordneter Vöge weist darauf hin, dass der Schleswig-Holsteinische Landtag in mehreren Konferenzen – zum Teil als Beobachter – vertreten sei, in denen auch Nordsee-Anrainerstaaten Mitglied seien.

Fragen der Abgeordneten Raudies zu Titel 541 02 – Aufwendungen für Pflege und Entwicklung der Ostsee- und Nordseeezusammenarbeit sowie mit Pays de la Loire (Seite 175 des Umdrucks [20/5470](#)) beantwortet Herr Augustin dahin, dass politisch vonseiten der Partnerregion Pays de la Loire kein Interesse an einem Austausch bestehe. – Abgeordneter Timmer widerspricht dem insoweit, als beispielsweise Schüleraustausch stattfinde.



Zu Titel 633 01 – Unterstützung für den Ausbau von Städtepartnerschaften im Nord- und Ostseeraum – (Seite 178 des Umdrucks [20/5470](#)) erkundigt sich Abgeordneter Timmer danach, welche Städtepartnerschaften unterstützt worden seien.

Abgeordnete Raudies appelliert, fachliche Diskussionen in den jeweiligen Fachausschüssen zu führen.

Fragen des Abgeordneten Timmer zu Titel 685 01 – Europäische Kommunikations- u. Zielgruppenarbeit des Landes zur Förderung der Europafähigkeit – (Seite 180 des Umdrucks [20/5470](#)) beantwortet Herr Augustin dahin, dass derzeit noch keine konkreten Planungen vorhanden seien.

## **Kapitel 08 01 – Ministerium**

Auf eine Nachfrage der Abgeordneten Raudies zu Titel 381 05 – Verrechnung der anteiligen Einnahmen aus dem Sondervermögen zur nachhaltigen Finanzierung von Maßnahmen der grün-blauen Infrastruktur – (Seite 5 des Umdrucks [20/5470](#)) erläutert Herr Bödeker, Leiter der Abteilung Zentrale Angelegenheiten im MLLEV, die Personalkostenbudgetierung in der Landesverwaltung setze pro Stelle ein bestimmtes Budget an. Damit könne man in der Regel arbeiten, wenn man einen hohen Personalkörper habe und beispielsweise durch Teilzeit oder Wegfall von Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, durch Vakanzen oder Personalminderausgaben zum Teil geringere Kosten anfielen. Der Geschäftsbereich des MLLEV umfasse allerdings das Landesamt, in dem sich durch die Spezialität der Fachbereiche ein hoher Anteil an wissenschaftlich erforderlichem Personal ergebe. Die Masse der Mitarbeitenden befinde sich im gehobenen und im höheren Dienst. Das bedeute strukturell höhere als durchschnittliche Personalkosten. Das sei der Grund, aus dem aktuell 45 Stellen im Geschäftsbereich nicht besetzt seien. Die Personalkostenrücklage betrage in diesem Jahr über 2 Millionen Euro und werde in den Landeshaushalt zurückgeführt. Die Landesregierung habe nunmehr den strukturellen Mehrbedarf anerkannt.

Abgeordnete Krämer begrüßt die Rückführung der Rücklage in den Haushalt und stellt Nachfragen dazu. – Herr Bödeker führt aus, im Haushaltsvollzug würden aus dem Personalkostenbudget voraussichtlich knapp 1,3 Millionen Euro nicht verausgabt. Zum Teil erfolgten jetzt noch

Einstellungen. Diese Mittel fließen in den Haushalt zurück und würden keiner Personalkostenrücklage zugeführt. Das entlaste im Rahmen der globalen Minderausgabe den Beitrag, den das Ministerium zu leisten habe.

Abgeordneter Hölck bittet zu Titel 525 01 – Gerichts- und ähnliche Kosten – (Seiten 10 und 11 des Umdrucks [20/5470](#)) um Nennung der Verfahren. – Die Landesregierung sagt zu, die Informationen im Rahmen eines vertraulichen Umdrucks zur Verfügung zu stellen.

Auf eine Frage der Abgeordneten Pauls zu Titel 526 03 – Besondere Aufwendungen für den Bevollmächtigten für die Zusammenarbeit mit Dänemark – (Seite 12 des Umdrucks [20/5470](#)) bestätigt Herr Rüstemeier, Geschäftsstellenleiter der Geschäftsstelle Dänemark – Zusammenarbeit des Landes im MLLEV, auf nationaler Ebene sei das Crossborder-Panel eingerichtet worden dergestalt, dass das deutsche Auswärtig Amt das Außenministerium in Kopenhagen sowie der Bevollmächtigte für die Zusammenarbeit mit Dänemark in Kiel das Thema Mobilitätsbarrieren weiterbearbeiteten. Die Dänemark-Strategie sehe vor, dass die Arbeit der Arbeitsgruppe aus dem Freundschaftsvertrag verstetigt werde. Das Commitment aus dem vergangenen Jahr sei die entsprechende Bestätigung, dass die Dänemark-Strategie an dieser Stelle erledigt sei.

Zu der Frage, welche Veranstaltungen durchgeführt worden seien, erläutert Herr Rüstemeier, im laufenden Jahr sei insbesondere eine Veranstaltung herausragend zu nennen, nämlich im September eine Veranstaltung in der Landesvertretung zum Thema Ratspräsidentschaft Dänemarks für die EU, bei der etwa 400 Gäste zugegen gewesen seien. Es sei eine Kooperationsveranstaltung der Landesvertretung mit der Europäischen Akademie in Berlin mit interessanten und spannenden Podiumsgästen gewesen. Darüber hinaus sei eine Sitzung des Crossborder-Panels ausgerichtet worden. Im kommenden Jahr sei eine Nachbetrachtung zum Thema EU-Präsidentschaft Dänemarks in Aussicht, die voraussichtlich an der Europäischen Akademie in Sankelmark stattfinde.

Fragen der Abgeordneten Krämer hinsichtlich Titel 381 05 – Verrechnung der anteiligen Einnahmen aus dem Sondervermögen zur nachhaltigen Finanzierung von Maßnahmen der grün-blauen Infrastruktur – (Seite 4 des Umdrucks [20/5470](#)) beantwortet Herr Sjuts, Leiter des Referats Finanzen, Haushalt, Innerer Dienst, Schriftgutstelle im MLLEV, dahin, dass der Verrechnungstitel an bestimmte Ausgabetitel aus der blau-grünen Infrastruktur gekoppelt sei, also

letztlich aus dem Einzelplan 13 finanziert werde. Nicht verausgabte Mittel verblieben im Sondervermögen.

Abgeordnete Raudies kritisiert am Beispiel der Antwort auf eine Frage zu Titel 526 99 – Kosten für Sachverständige, Gutachter u. ä. – (Seiten 14 bis 16 des Umdrucks [20/5470](#)) die Beantwortung von Fragen. Es werde danach gefragt, in welcher Höhe Mittel 2024 und 2025 im Einzelnen verausgabt worden seien und wofür sie in welcher Höhe in 2026 vorgesehen seien, nicht nach keine pauschalen Antworten. Wären die erfragten Informationen schriftlich erteilt worden, könnte sich das Ministerium eine Reihe von Nachfragen ersparen.

Herr Bödeker sagt auf Frage der Abgeordneten Raudies zu, die Antwort auf die Frage nachzuliefern, wie viele Personalauswahlverfahren für Führungs- und Nachwuchskräfte durch externe Psychologinnen und Psychologen erteilt worden seien.

Zu Titel 812 01 – Erwerb von Geräten und Ausrüstungsgegenständen – (Seite 25 des Umdrucks [20/5470](#)) erklärt Herr Bödeker auf Frage der Abgeordneten Krämer, die Ausstattung im Ministerium sei im Wesentlichen abgeschlossen. Neben Restposten, die nicht erforderlich gewesen seien, um die absolute Arbeitsfähigkeit herzustellen, und Ersatzbeschaffungen werde der Titel auch für notwendige Gerätschaften zum Beispiel im Landwirtschaftsbereich genutzt, um dort fachaufsichtliche Maßnahmen begleiten zu können.

Auf Fragen des Abgeordneten Hölck zu Titel 531 02 – Öffentlichkeitsarbeit – (Seite 18 des Umdrucks [20/5470](#)) legt Herr Bödeker dar, dass in 2025 noch Veranstaltungen stattfänden und noch Rechnungen eingingen. Insofern sei mit einem weiteren Mittelabfluss in 2025 zu rechnen. Es sei davon auszugehen, dass der Haushaltsansatz in 2025 verausgabt werde. Bezüglich 2026 befinde man sich noch in der Planung. Zu berücksichtigen sei, ob die neue Hausspitze gegebenenfalls andere Schwerpunkte setze. Die Ansatzreduzierung für 2026 sei mit den Einsparbeiträgen des Einzelplans zur Haushaltskonsolidierung zu erklären. Die noch vorhandenen Mittel würden im Wesentlichen für den geplanten Auftritt bei der Grünen Woche im Januar 2026 verwendet.

Herr Bödeker führt auf eine Frage des Abgeordneten Hölck zu Titel 531 04 – Symposien und Fachtagungen – (Seite 22 des Umdrucks [20/5470](#)) aus, auch hier würden noch Rechnungen

für durchgeführte Veranstaltungen erwartet. Im Übrigen würden die Mittel für den Auftritt bei der Grünen Woche 2026 benötigt.

## **Kapitel 08 02 – Landwirtschaft, Fischerei**

Frau Abel, Leiterin der Abteilung Nachhaltige Landentwicklung im MLLEV, legt auf die Frage der Abgeordneten Krämer zu Titel 099 03 – Einnahmen aus der Fischereiabgabe für Schleswig-Holstein – (Seite 27 des Umdrucks [20/5470](#)) nach dem Grund für das erhöhte Ist in 2025 dar, die Fischereiabgabe sei ab dem 1. Januar 2026 von zehn Euro auf 18 Euro erhöht worden. Da die Fischereiabgabe vier Jahre im Voraus bezahlt werden könne, habe die beschlossene Erhöhung dazu geführt, dass sehr viele Angler noch in 2025 ihren Fischereischein neu gelöst hätten. Sie gehe davon aus, dass die Einnahmen in 2026 entsprechend geringer ausfielen. – Die Einnahmen seien zweckbezogen, verblieben in der Jagdabgabe und würden zweckbezogen verausgabt. Die nicht verausgabten Mittel flössen in eine Rücklage.

Eine Frage der Abgeordneten Herdejürgen beantwortet Frau Lütjen, Leiterin der Abteilung Landwirtschaft und Veterinärwesen im MLLEV, dahin, dass die aktuelle Situation auf Fehmarn voraussichtlich in diesem Jahr abgeschlossen werde.

Frau Lütjen bestätigt auf eine Frage der Abgeordneten Redmann, dass die in 2025 fällig gewordenen Bußgelder etwa im Durchschnitt der Vorjahre liege.

Abgeordnete Krämer stellt Fragen zu Titel 535 02 – Dialogprozess Zukunft der Landwirtschaft sowie IMPG GAP – (Seite 41 des Umdrucks [20/5470](#)). – Minister Schwarz erläutert, der Dialogprozess Zukunft der Landwirtschaft sei offiziell mit einer finalen Veranstaltung abgeschlossen. Aus dem Dialogprozess seien Aufgaben hervorgegangen. Eine davon sei, wie man Berufsschüler Maßnahmen herauführe, die im Berufsschulunterricht nicht vorgesehen seien – wie sie beispielsweise bessere Maßnahmen durch Düngemanagement und Fruchtfolgemanagement. Die beauftragte Agentur habe die Lehrenden geschult und unterrichtsbegleitende Materialien erstellt.

Eine Frage der Abgeordneten Redmann zu Titel 511 01 – Ausgaben für Druckkosten für die Ausstellung des Fischereischeins für alle Bundesländer – (Seite 32 des Umdrucks [20/5470](#)) beantwortet Frau Abel dahin, dass die Ausstellung von Plastikkarten notwendig sei, weil noch

nicht alle Bundesländer auf einen digitalen Fischereischein umgestellt hätten, der Fischereischein aber bundesweit gelte.

Auf eine Frage der Abgeordneten Redmann zum fehlenden Mittelabfluss des Titels 682 03 – Zuwendung zur Förderung von Forschungsprojekten mit dem Ziel, Stickstoff- und Phosphatinträge zu minimieren an Unternehmen des landwirtschaftlichen Sektors mit Forschungs- und Beratungszweck – (Seite 58 des Umdrucks [20/5470](#)) erläutert Frau Lütjen, die Zielvereinbarung zum Ostseeschutz im Bereich Landwirtschaft sei im Dezember 2024 unterschrieben worden. Danach hätten die Ostseebeiräte gebildet werden müssen, was einige Zeit in Anspruch genommen habe. Nunmehr seien diese in fünf Regionen gegründet worden. Aufgabe für diese bis Ende Oktober sei gewesen, sich über Maßnahmenpläne zu verständigen und diese regionalspezifisch festzulegen. Derzeit befinde man sich in der Endabstimmung dieser Maßnahmenpläne. Die Ausschreibungen für Gutachten, Aktionen und Modellprojekte vor Ort beginnen erst jetzt. Ganz dringend seien entsprechende Modellregionen zum Thema Drainageproblematik. Dies werde in Kürze ausgeschrieben werden. Nach ihrer Auffassung werde sich die Aufgabe in diesem Bereich noch über viele Jahre hinziehen. Es handele sich um eine der Hauptaufgaben im Rahmen des Ostseeschutzes.

Die vorgesehenen Projekte seien von den Ostseebeiräten in Begleitung durch die Landesregierung erarbeitet und gemeinsam entschieden worden. Es gebe noch eine Steuerungsgruppe, die am Ende die vorgesehenen Pläne verabschiede, sodass es ein gemeinsames Verständnis aller Beteiligten gebe.

Eine Nachfrage der Abgeordneten Krämer beantwortet Frau Lütjen dahin, dass sich, auch wenn sich die Maßnahmen verzögerten, gegebenenfalls damit zu rechnen sei, dass auch in 2025 bereits geringfügige Mittel aus diesem Titel abfließen. Nicht verausgabte Mittel seien im Nachtragshaushalt 2025 nicht zur Haushaltskonsolidierung angemeldet.

Bei dem Mittelansatz zu Titel 681 31 – Erstattung an landwirtschaftliche Unternehmen im Rahmen der Dürrehilfe – (Seite 57 des Umdrucks [20/5470](#)) handele es sich – so Frau Lütjen auf eine Frage der Abgeordneten Krämer – um Rücklagen für noch laufende Verfahren, Gerichtsverfahren und Widersprüche aus der Dürrehilfe 2018. Bisher sei nicht abzusehen, ob Mittel abfließen.

Auf Fragen der Abgeordneten Herdejürgen zu Titel 583 01 – Ausgaben aufgrund von Verträgen mit Fischereiverbänden zur Umsetzung Zielvereinbarung Fischerei aus dem Aktionsplan Ostseeschutz – (Seite 60 des Umdrucks [20/5470](#)) verweist Minister Schwarz auf die mit den Fischern abgeschlossene Zielvereinbarung. Sie enthalte derzeit vier Maßnahmen, die mögliche Alternativen für eine Fischerei eröffneten. Inhaltlich seien die Verhandlungen abgeschlossen. Über die finanzielle Frage werde noch mit der Staatskanzlei verhandelt. Nach seiner Auffassung seien die hier veranschlagten Mittel ausreichend. Es sei noch zu früh, konkrete Maßnahmen zu benennen.

Der Vorsitzende regt an, dem Fachausschuss die Zielvereinbarung zukommen zu lassen. – Minister Schwarz macht deutlich, dass diese noch nicht endgültig ausverhandelt sei. – Abgeordneter Hölck weist auf ein Schreiben des Landesfischereiverbandes hin, wonach die Höhe der Finanzierung als auch die Länge der Laufzeit der Zielvereinbarung infrage gestellt werde.

Auf eine Frage des Abgeordneten Hölck zu Titel 681 02 – Zuschüsse an Unternehmen der Krabbenfischerei aus Mitteln des Sondervermögens grün-blaue Infrastruktur – (Seite 50 des Umdrucks [20/5470](#)) erläutert Frau Abel, aus dem Ansatz würden biozidfreie Anstriche für Kutter der Krabbenfischerei gefördert. Aufgrund der derzeitigen wirtschaftlichen Lage seien bisher keine Anträge gestellt worden. Nach der Richtlinie seien 90 Prozent der Kosten, maximal 30.000 Euro förderfähig.

Auf Fragen der Abgeordneten Redmann zu Titel 683 30 – Zuschüsse für unterstützende Tätigkeiten für ökologischen Landbau – (Seite 64 des Umdrucks [20/5470](#)) erläutert Frau Lütjen, dass das Gros des Geldes aus diesem Titel immer zum Ende des Jahres abfließe. Sie gehe davon aus, dass der Titel ausgeschöpft werde.

Fragen der Abgeordneten Krämer zu Titel 682 04 – Zuwendung zur Förderung von Projekten zum Gewässerschutz in der Landwirtschaft aus Zuschuss – (Seite 59 des Umdrucks [20/5470](#)) beantwortet Frau Lütjen dahin, dieser Titel betreffe die Zielvereinbarung Ostseeschutz. Gegenwärtig werde nicht davon ausgegangen, dass in diesem Jahr größere Beträge abfließen. Die nicht verausgabten Mittel dienten der Haushaltskonsolidierung und seien nicht im Nachtragshaushalt enthalten.

Abgeordnete Herdejürgen spricht zu Titel 685 05 - Zuwendung zur Förderung von Forschungsprojekten mit dem Ziel, Stickstoff- und Phosphateinträge zu minimieren an Universitäten und Fachhochschulen mit agrarwissenschaftlicher Forschung sowie Berufsschulen und andere Körperschaften des öffentlichen Rechts – (Seite 71 des Umdrucks [20/5470](#)) die Diskrepanz zwischen Soll und Ist an. – Frau Lütjen erläutert, die hier veranschlagten Mittel, die im Übrigen zweckgebunden aus der Wasserabgabe seien, seien für Maßnahmen bestimmt, die von den Ostseebeiräten erarbeitet und beschlossen würden.

Auf Nachfrage der Abgeordneten Krämer erklärt Herr Sjuts, die Mittel zur Landeswasserabgabe seien im Einzelplan 13 angesiedelt. Die Gelder, die nicht verwendet würden, würden aus dem Einzelplan 13 nicht weitergegeben. Da es sich um eine zweckgebundene Abgabe handle, vermute er, dass im Einzelplan 13 eine Rücklage gebildet werde.

Auf Fragen der Abgeordneten Redmann zu Titel 686 10 – Zuschüsse an private Träger von EMFAF-Maßnahmen (Seite 77 des Umdrucks [20/5470](#)) erläutern Vertreter des MLLEV, hier seien Zuschüsse veranschlagt, die sowohl die alte als auch die neue Förderperiode betreffen. Der Mittelabfluss sei abhängig von entsprechenden Antragstellungen und variere von Jahr zu Jahr. Würden die Gelder nicht verausgabt, stünden sie im Folgejahr zur Verfügung. Hier müsse man den gesamten Förderzeitraum betrachten. Berücksichtigt werden müsse auch, dass zu Beginn einer Förderperiode die Ausgabesumme eher niedrig sei.

Das EU-Schulobstprogramm – so Frau Abel auf eine Frage der Abgeordneten Krämer – sei inzwischen sicherlich allen Schulen bekannt. In der Vergangenheit sei es allen Schulen, die sich beworben hätten, möglich gemacht worden, zu partizipieren. Um dies zu ermöglichen, sei die Zahl der Verzehrtage etwas reduziert worden.

Frau Lütjen erläutert auf eine Frage der Abgeordneten Krämer zu Titel 685 02 – Projektförderung Kompetenzzentrum für klimateffiziente Landwirtschaft – (Seite 69 des Umdrucks [20/5470](#)), das Klimakompetenzzentrum sei im Ministerium angesiedelt und arbeite fachlich. Auf der Webseite des Ministeriums sei detailliert dargestellt, welche Veranstaltungen in 2025 stattgefunden hätten. Begleitet werde die Arbeit von einem Expertenkreis, der sich aus Vertreterinnen und Vertretern aus Wissenschaft, Forschung und Verbänden zusammensetze. – Minister Schwarz ergänzt, sein Ansinnen sei gewesen, keine große Infrastruktur zu schaffen, sondern das Geld für konkrete Maßnahmen auszugeben.

Auf eine Frage der Abgeordneten Krämer zu Titel 686 04 – Zuwendung zur Förderung von Forschungsprojekten mit dem Ziel, Stickstoff- und Phosphateinträge zu minimieren an Vereine und Verbände – (Seite 76 des Umdrucks [20/5470](#)) antwortet Frau Lütjen, dass es sich um Mittel aus der Landeswasserabgabe handele, deren Mittelverwendung zweckgebunden sei.

Eine Frage des Abgeordneten Hölck zu Titel 833 10 – Zuschüsse für Investitionen an Kommunen – (Seite 84 des Umdrucks [20/5470](#)) beantwortet Frau Abel dahin, dass es sich möglicherweise um größere Projekte handele, die erst zum Jahresende abgerechnet würden. Abgeordnete Raudies bittet um Konkretisierung der Maßnahmen.

Frau Abel bestätigt auf Nachfrage der Abgeordneten Krämer, sie gehe davon aus, dass in 2025 noch Mittel abfließen.

Auf Fragen der Abgeordneten Redmann zu Titel 983 02 – Errichtung eines Artenschutz- und Informationszentrums für heimische Fischarten aus dem Sondervermögen der grün-blauen Infrastruktur – (Seite 91 des Umdrucks [20/5470](#)) führt Frau Abel aus, die ersten 500.000 Euro für die Errichtung des Zentrums seien bewilligt. Davon betreffe ein Teil sicherlich die Planung. Es handele sich um eine bestehende alte Anlage. Da die Finanzierung auch aus der grün-blauen Infrastruktur erfolgen solle, müsse dies so ausgerichtet sein, dass sowohl das MEKUN als auch die Angler dies positiv begleiteten. In einem ersten Schritt gehe es darum, das Ausbrüten von bestimmten Arten in Gang zu setzen. Es gebe einen intensiven Abstimmungsbedarf mit dem Landkreis und den unterschiedlich betroffenen Fachbereichen. Diese Abstimmungen liefen noch.

Abgeordnete Redmann bittet um Aufschlüsselung der ersten Teilmaßnahme und Darstellung des Verhandlungsstandes in den Kreisen.

Auf Nachfragen der Abgeordneten Krämer erläutert Minister Schwarz, insgesamt seien 2 Millionen Euro aus der Biodiversitätsabgabe veranschlagt. In erster Linie gehe es um die Errichtung einer Zuchtanlage für Fische, die nur in sehr geringen Beständen in Schleswig-Holstein vorkämen. Daneben solle auch eine Information der Bevölkerung erfolgen.

Fragen der Abgeordneten Krämer zu Titel 892 10 – Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen – (Seiten 88 und 89 des Umdrucks [20/5470](#)) beantwortet Frau Abel dahin, dass es



um die Möglichkeit gehe, Einzelbetriebe zu unterstützen. Die Maßnahmen sorgten dafür, dass es Verbesserungen und Vereinfachungen für Fischereibetriebe gebe oder die Verarbeitung der Fischereierzeugnisse verbunden sei. Es handele sich um EU-Mittel. Die Mittel, die nicht verausgabt würden, stünden im Rahmen der Förderperiode zur Verfügung.

Abgeordnete Krämer kritisiert den bürokratischen Aufwand für die kleinteiligen Bewilligungen.

Abgeordnete Herdejürgen äußert die Hoffnung, dass nicht Betriebe Fördermittel erhielten, die ihren Betrieb in ein oder zwei Jahren einstellen müssten. – Minister Schwarz versichert, dass Grenzen eingeführt worden seien, die dies vorausschaubar verhindern sollten. Dennoch werde es sicherlich immer wieder Ausnahmen geben.

Abgeordneter Hölck erkundigt sich nach der Höhe der einzelnen Investitionsmaßnahmen und bittet um Übermittlung der einschlägigen Richtlinie.

### **Kapitel 08 03 – Forstwirtschaft, Jagd**

Fragen der Abgeordneten Redmann zu Titel 533 01 – Erstellung eines Wildwegeplanes aus Mitteln der grün-blauen Infrastruktur – (Seiten 95 und 96 des Umdrucks [20/5470](#)) beantwortet Frau Abel dahin, sie gehe davon aus, dass die verausgabten Mittel für die Ausschreibung geflossen seien. Das Projekt laufe; sobald es abgeschlossen sei, flössen weitere Mittel. Sie gehe davon aus, dass sie bis Ende 2025 verausgabt seien.

Sie führt auf eine Frage der Abgeordneten Krämer aus, dass die Wildwegepläne insbesondere dazu dienten, den genetischen Austausch zwischen einzelnen Arten sicherzustellen.

Frau Abel ergänzt auf Nachfrage der Abgeordneten Redmann, das beauftragte Büro habe einen Expertenworkshop durchgeführt, um die Erhebungen und Ideen zusammenzuführen und entsprechende Empfehlungen auszusprechen. Danach seien diese Maßnahmen umzusetzen.

Fragen der Abgeordneten Raudies zu den Titel 586 04 – Zuwendungen für Waldpflegeverträge im Rahmen der Biodiversitätsstrategie – und Titel 686 05 – Zuwendungen für Waldpflegeverträge aus dem Sondervermögen der grün-blauen Infrastruktur – (Seiten 103 und 104 des

Umdrucks [20/5470](#)) beantwortet Frau Abel dahin, hier liege eine Förderung aus der GAK vor. Sofern Waldbesitzer Beratungsverträge abschließen, beispielsweise hinsichtlich der Baumartenwahl oder wie mit Dürren umzugehen sei. Je kleiner der Wald eines Waldbesitzers sei, desto höher sei die finanzierte Prämie. Die Verträge würden in der Regel am Ende des Jahres abgewickelt, sodass die Mittel daraus erst zum Jahresende fließen. Anträge stellen könnten Forstbetriebsgemeinschaften, also freiwillige Zusammenschlüsse von Waldbesitzern. Erforderlich sei ein Nachweis, dass die Beratungen mit den Waldbesitzern tatsächlich stattgefunden hätten.

Die Maßnahme werde – so Frau Abel auf Nachfrage der Abgeordneten Redmann – sehr gut angenommen. Die Mittel würden voraussichtlich vollständig ausgeschöpft.

Auf Fragen der Abgeordneten Redmann zu Seite 97 erläutert Frau Abel, gezahlt werde für Projekte, die zum Jahresende abgerechnet würden. In der Regel reichten diejenigen, die Interesse an entsprechenden Projekten hätten, zu Anfang des Jahres diese ein. Über die Mittelvergabe entscheide ein Ausschuss. Verwendet würden Mittel aus der Jagdabgabe.

Eine Frage der Abgeordneten Raudies zu Titel 891 01 – Maßnahmen zur Neuwaldbildung bei den Schleswig-Holsteinischen Landesforsten (SHLF) im Rahmen der Biodiversitätsstrategie – (Seite 105 des Umdrucks [20/5470](#)) beantwortet Frau Abel dahin, dass es um Erstaufforstungen der Landesforsten im Rahmen der Biodiversitätsstrategie gehe. Auch hier werde zum Jahresende abgerechnet.

Abgeordnete Redmann äußert die Bitte, künftig bei Antworten auf Fragen zum Haushaltsentwurf zu erläutern, sofern Maßnahmen geplant seien und um welche Maßnahmen es sich handle, und nicht nur zu schreiben, dass ein vollständiger Mittelabfluss bis zum Jahresende erwartet werde.

Frau Abel stellt auf eine Frage der Abgeordneten Raudies zu Titel 893 70 – Förderung von Investitionsmaßnahmen an Schießständen – (Seite 106 des Umdrucks [20/5470](#)) dar, dass der Mittelansatz wegen der Einsparnotwendigkeiten im Haushalt gestrichen worden sei. Im Rahmen der Jagdabgabe gebe es noch Unterstützungsmöglichkeiten für Schießstände.

Abgeordnete Raudies bittet um schriftliche Auskunft darüber, ob die Umbau- beziehungsweise Neubaumaßnahmen im Kreis Pinneberg gewährleistet sind.

#### **Kapitel 08 04 – Veterinärwesen, Landeslabor, Absatzförderung**

Abgeordnete Herdejürgen kritisiert die Kürzung des Titels 671 12 – Erstattung der Tierseuchenbekämpfungskosten an den Tierseuchenfonds – (Seite 110 des Umdrucks [20/5470](#)) angesichts des derzeitigen Geschehens beispielsweise bei der Geflügelpest. – Herr Bödeker führt aus, eventuelle weitere erforderliche Mittel würden aus dem Gesamthaushalt getragen. – Dies kritisiert Abgeordnete Herdejürgen erneut und stellt die Frage, wie sich dies mit Haushaltswahrheit und -klarheit vertrage. – Minister Schwarz macht deutlich, dass das Finanzministerium den Mittelansatz gekürzt habe.

Abgeordnete Redmann gibt zu bedenken, dass der voraussichtliche Mittelbedarf höher sein werde als veranschlagt. Das halte sie für ein schwieriges Signal angesichts des derzeitigen Tierseuchengeschehens.

Frau Lütjen merkt an, dass zum jetzigen Zeitpunkt vor dem Hintergrund, dass das Geschehen in Schleswig-Holstein nicht so ausgeprägt sei wie in anderen Bundesländern, noch keine Aussage zu dem tatsächlichen Bedarf getroffen werden könne. Beim Tierseuchenfonds gebe es einen Beitragsrahmen. Es handele sich um ein solidarisches System, das tierartenbezogen sei. Insofern könne man die Beiträge vor dem Hintergrund der Vogelgrippe nicht mit denen der Blauzungkrankheit vergleichen. Es gebe tierartenspezifische Rücklagen, die vom Tierseuchenfonds mit Unterstützung eines Beirates der Verbände verwaltet werde. Seien die Rücklagen aus diesem Fonds aufgebraucht, müsse man sehen, dass erneut Rücklagen gebildet würden. Vor diesem Hintergrund finde eine jährliche Berechnung der tierartenspezifischen Beitragshöhe statt. So habe es beispielsweise bei den Geflügelhaltungen über mehrere Jahre Erhöhungen gegeben. Die Beiträge seien in diesem Jahr gesunken. So werde es sicherlich auch bei Ziegen und Schafen sein. Würde man angesichts der Beitragserhöhungen für Ziegen und Schafe Zuschüsse gewähren, müsste man diese sozusagen im Wege der Gleichbehandlung auch für andere Tierarten gewähren.

Auf weitere Nachfrage der Abgeordneten Redmann verweist Frau Lütjen auf die Aussage des Ministers sowie darauf, dass das Land gesetzlich verpflichtet sei, die entsprechenden Zahlungen zu leisten. – Herr Bödeker ergänzt, bis zum 15. Oktober 2025 sei circa ein Drittel des Landesanteils abgeflossen. Zwei Drittel stünden also noch zur Verfügung. Sollte sich das Tierseuchengeschehen intensivieren, würde zunächst einmal dieser zur Verfügung stehende Anteil für Auszahlungen in Anspruch genommen werden. Erst wenn dieser überschritten werde, müssten zusätzliche Mittel aus dem Gesamthaushalt zur Verfügung gestellt werden.

## **Kapitel 08 05 – Ländliche Räume**

Auf Fragen der Abgeordneten Krämer zu Titel 534 02 – Bildungsoffensive „Landwirtschaft, Ernährung und Verbraucherschutz“ – (Seite 114 des Umdrucks [20/5470](#)) betont Minister Schwarz, er halte es für sinnvoll und richtig, die Mittel für die Bildungsoffensive einzusetzen. Es sei wichtig, jungen Menschen eine Entscheidungshilfe für ihre Ernährung zu geben. Nach seinen Informationen werde der Mittelansatz in diesem Jahr ausgeschöpft.

Abgeordneter Hölck bezieht sich auf Titel 883 05 – Zuwendungen für Dorferneuerungsmaßnahmen an Gemeinden und Gemeindeverbände – (Seite 125 des Umdrucks [20/5470](#)) und kritisiert die fehlenden Beträge für 2024.

Frau Abel bestätigt auf eine Frage der Abgeordneten Raudies zu Titel 685 01 – An die Akademie für ländliche Räume – (Seiten 116/117 des Umdrucks 20/5470), angesichts der Titelminderung habe im Vorfeld Kommunikation stattgefunden. Wenn in allen Ressorts Mittelkürzungen zu erfolgen hätten, sei nicht zu vermeiden, dass es auch konfliktreiche Situationen gebe.

Abgeordnete Raudies bittet zu dem Titel 686 06 – Förderung und Weiterentwicklung von Beratungs- und Vernetzungsstrukturen im Bereich Ernährung – (Seiten 119 und 120 des Umdrucks 20/5470) um Aufschlüsselung der einzelnen Projekte.

Abgeordneter Hölck erbittet zu Titel 893 02 – Zuwendungen für Dorferneuerungsmaßnahmen an Sonstige – (Seite 149 des Umdrucks 20/5470) die Beträge für das Jahr 2024.

Abgeordnete Raudies erbittet zu Titel 883 01 – Zuschüsse zur Förderung der Breitbandversorgung im ländlichen Raum – (Seite 124 des Umdrucks 20/5470) einen Gesamtüberblick über die Projekte und die jeweilige Förderhöhe sowie einen Gesamtüberblick nach Beendigung des Projekts.

Frau Abel legt dar, die Förderung laufe in 2025 aus. – Auf die Frage der Abgeordneten Raudies, ob die Aufgabe künftig weg falle, bittet Minister Schwarz um Nachsicht, dass er dazu keine Stellung nehme.

### **Kapitel 08 06 – Verbraucherschutz**

Abgeordnete Krämer bezieht sich auf Titel 534 04 – Untersuchungen und Maßnahmen aus Tierschutzgründen – (Seite 156 des Umdrucks 20/5470) und erkundigt sich danach, wann mit der Einführung einer landesweiten Katzenschutzverordnung zu rechnen sei.

Frau Dr. Bothmann, Leiter der Abteilung Verbraucherschutz und Tierschutz im MLLEV, bestätigt, dass an der Verordnung gearbeitet werde. Es gebe dabei zwei Probleme. Erstens wolle man versuchen, die Katzenkastrationsaktionen zu erhalten. Das sei nicht so einfach, weil Kommunen möglicherweise doppelt zahlungspflichtig seien und sich eventuell aus der Finanzierung zurückzögen. Zweitens sei Voraussetzung eine Registrierung von Katzen. Ein derartiges Register müsse entweder staatlich aufgestellt werden oder man müsse einen Weg finden, private Register rechtssicher einzubeziehen. Das sei aus Datenschutzgründen zum Teil schwierig. Außerdem seien nicht alle Register bereit, sich einer staatlichen Reglementierung anzuschließen. – Sie bestätigt, dass die kommunalen Landesverbände an der Erarbeitung konstruktiv beteiligt seien.

Frau Redmann bittet, in einer der nächsten Ausschusssitzungen im Umwelt- und Agrarausschuss zu berichten.

Frau Dr. Bothmann verneint die Frage der Abgeordneten Redmann zu Titel 534 07 – Maßnahmen in Folge des Runden Tisches „Tierschutz“ – (Seite 158 des Umdrucks 20/5470), ob es finanztragende Beschlüsse des Runden Tisches Tierschutz für 2025 gebe.

Abgeordnete Raudies spricht zu Titel 684 15 – An die Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein e. V. – (Seite 164 des Umdrucks 20/5470) die Mittelkürzungen des Landes an und befürchtet durch die Reduzierung einer Beratungsstelle ein verschlechtertes regionales Angebot.

Frau Dr. Bothmann legt dar, dass die neue Leitung der Verbraucherzentrale diese in 2025 konsolidiert habe und Einsparungsmaterial sehe. In Abstimmung mit dem Beirat sei beschlossen worden, die Zahl der Beratungsstellen um eine zu reduzieren. Nicht zielführend sei, Stunden in einzelnen Beratungsstellen zu reduzieren. – Die Diskussion darüber, welche Beratungsstelle geschlossen werden solle – so Frau Dr. Bothmann auf eine Frage des Abgeordneten Dr. Schunck – laufe noch. Versucht werden solle, einen Teil des Beratungsangebots online umzusetzen.

Auf eine weitere Nachfrage erläutert Minister Schwarz, die Landesregierung habe angesichts der Einsparverpflichtungen intensiv abgewogen, wo eingespart werden könne. Bei den großen Titeln Verbraucherzentrale, Landwirtschaftskammer und Landesforsten seien entsprechende Kürzungen erfolgt.

Abgeordnete Krämer kritisiert den Nullansatz zu Titel 684 01 – Zuwendungen für den Betrieb von Tierheimen – (Seiten 161/162 des Umdrucks 20/5470) und erkundigt sich nach möglichen Lösungsansätzen.

Frau Dr. Bothmann weist auf die Diskontinuität auf Bundesebene aufgrund der Neuwahlen hin. In der letzten Legislaturperiode habe es einen Runden Tisch zum Thema Tierheime gegeben, an dem die Bundesländer beteiligt gewesen seien. Es sei versucht worden, Lösungsstrategien zu entwickeln, da die Problematiken der Tierheime bundesweit die gleichen seien. Inwieweit die Neuregierung diese Arbeit fortsetze, sei ihr nicht bekannt.

Abgeordneten Krämer bezieht sich auf Titel 684 02 – Zuwendungen für den Betrieb von Betreuungsstationen i. S. D. § 45 Abs. 5 BNatSchG – (Seite 163 des Umdrucks 20/5470) und vertritt die Auffassung, es sei Landesaufgabe, die Betreuungsstationen finanziell zu unterstützen.

Der Vorsitzende regt an, die diesbezüglich Diskussion im Fachausschuss zu führen.

## **Einzelplan 12**

### **Ministerium für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz**

#### **Kapitel 12 08 – Hochbaumaßnahmen und Raumbedarfsdeckung des Landes**

Abgeordnete Krämer und Raudies sprechen zu Titel 359 01 – Entnahme aus der Rücklage „Baumaßnahmen im Kapitel 1208“ – (Seite 184 des Umdrucks 20/5470) die Rücklage an und erkundigen sich nach ihrer Auflösung. – Herr Sjuts legt dar, dass sie zumindest teilweise aufgelöst werde. – Abgeordnete Raudies bittet um Mitteilung, in welcher Höhe Mittel aus der Rücklage noch benötigt würden.

(Unterbrechung 14:10 bis 14:30 Uhr)

## **Einzelplan 13**

### **Ministerium für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur**

Umdrucke 20/5478, 20/5553

Herr Goldschmidt, Minister für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur, führt in den Einzelplan 13 ein (Umdruck 20/5553).

### **Allgemeine Aussprache**

Auf eine Frage der Abgeordneten Raudies antwortet Minister Goldschmidt, für den Einzelplan 13 gebe es keine großen Blöcke, die für die Nachschiebeliste vorgesehen seien. Zu nennen sei allerdings die Umsetzung des Länder-und-Kommunal-Infrastrukturfinanzierungsgesetz.

Grundlage der weiteren Beratungen sind insbesondere die von der Regierung beantworteten Fragen zum Haushaltsentwurf, Umdruck 20/5478.

Abgeordnete Krämer stellt zu einer Reihe von Titelanträgen, bei denen der Ansatz nicht vollständig abgefließen ist beziehungsweise in 2025 nicht vollständig abfließen wird, die Frage, ob die nicht benötigten Mittel zur Deckung des Haushalts zurückgegeben würden beziehungsweise im Nachtragshaushalt oder in der Nachschiebeliste veranschlagt seien. – Frau Günther, Staatssekretärin im Ministerium für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur, antwortet darauf jeweils, dass diese Mittel nicht zur Nachschiebeliste angemeldet seien. – Im Folgenden wird in dieser Niederschrift auf entsprechende Fragen und Antworten bei den Einzeltiteln verzichtet.

### **Kapitel 13 01 - Ministerium/Allgemeines**

Abgeordnete Krämer fragt zu Titel 531 02 – Öffentlichkeitsarbeit – (Seiten 8 bis 10 des Umdrucks 20/5478) nach dem Zusammenhang zwischen der Finanzierung von Wassercamps und der Öffentlichkeitsarbeit des Ministeriums. – Abgeordnete Raudies ergänzt diese Frage nach der Förderung zum Sponsoring des Ocean Race Europe 2025. Sie regt an, künftig bei ähnlichen Maßnahmen auf BINGO-Mittel hinzuweisen.



Herr van Riesen, Leiter der Abteilung Wasserwirtschaft, Boden- und Küstenschutz; Bundesbeauftragter für den Wasserbau im MEKUN, führt aus, bei den Wassercamps gehe es darum, Schülerinnen und Schüler an Gewässer in Schleswig-Holstein heranzuführen, indem ihnen Gewässerlandschaften nähergebracht würden. Unterstützt werde die Probenahme vor Ort. Ziel sei, die junge Generation an Gewässerrenaturierung heranzuführen. Insofern halte er dieses Geld für gut investiert. Im Einzelnen entnahmen die Schülerinnen und Schüler Gewässerproben, analysierten die Gewässerqualität und käscherten die Gewässer. Hotelkosten oder ähnliche Kosten seien hier nicht hinterlegt.

Minister Goldschmidt sagt zu, die Anregung, diese Maßnahmen aus BINGO zu finanzieren, mitzunehmen. Allerdings fühle sich sein Ministerium dem Gedanken der nachhaltigen Bildung für nachhaltige Entwicklung verbunden. Vor diesem Hintergrund stehe er komplett hinter diesen Maßnahmen.

Hinsichtlich des Ocean Race sei wichtig gewesen, dass es eine starke Umweltkomponente habe. Das MEKUN habe einen Stand auf der Veranstaltung gehabt und entsprechend informiert. Außerdem habe es eine hochrangige Meeresschutzveranstaltung gegeben, bei der der Bundesstaatssekretär anwesend und das GEOMAR eingebunden gewesen sei.

Er geht auf eine weitere Frage der Abgeordneten Raudies ein und legt dar, dass das Ministerium durchaus konfliktbehaftete Themen bearbeite. Man stehe derzeit mitten im Bereich der Standortauswahl für ein nukleares Endlager. Es gebe die Wiederherstellungsverordnung, die umgesetzt werden müsse. Immer wieder sei das Thema bei Küstenschutzthemen involviert. Umweltpolitik erfordere Kommunikation, auch professionelle Kommunikation. Benötigt werde die Möglichkeit, in konfliktbehafteten Situationen Kommunikation anschieben zu können.

Auf eine weitere Nachfrage der Abgeordneten Krämer verweist Herr Minister Goldschmidt darauf, dass der Ansatz bereits stark reduziert worden sei. Dass der Ansatz nicht voll ausgeschöpft worden sei, sei auch der Tatsache zu verdanken, dass das Ministerium sorgsam mit den zur Verfügung stehenden Mitteln umgehe.

Auf eine Frage der Abgeordneten Redmann zu Titel 526 99 – Kosten für Sachverständige, Gutachten u. ä. – (Seiten 5 bis 7 des Umdrucks 20/5478) insbesondere zu der „Erstellung eines Rechts- und Fachgutachtens zu Fragen des Grünlandschutzes, insbesondere zur Bedeutung des Dauergrünlandgesetzes“ antwortet Frau Bönnighausen, Leiterin der Abteilung Naturschutz, Meeresschutz und Biodiversität im MEKUN, das Gutachten diene der Kombination von rechtlichen und fachlichen Fragen. Grünlandschutz sei ein sehr komplexes Thema. Hier seien Wechselwirkungen zwischen der GAP und dem Naturschutzgesetz zu betrachten.

Auf Fragen der Abgeordneten Krämer zu Titel 685 25 – Kostenerstattung an die Geschäftsführung des Vergaberates für die Durchführung der Maßnahmen im Zusammenhang mit „Bingo! Die Umweltlotterie“ – (Seite 20 des Umdrucks 20/5478) antwortet Frau Bönnighausen, der Vergaberat des Umweltkontor Nord habe den Auftrag, die eingereichten Projekte zu begutachten und Empfehlungen für eine Förderung auszusprechen. – Frau Dr. Krupp, Leiterin des Referats Förderungen und Verwaltungsangelegenheiten im MEKUN, ergänzt, bei der Geschäftsführung handele es sich um eine hauptamtliche Tätigkeit. Die Personen seien ausschließlich für Bingo tätig, die Vergütung sei je nach Umsatz variabel. Es gebe einen festen Prozentsatz, nachdem die entsprechenden Verwaltungskosten für die Abwicklung von Bingo bezahlt würden. – Frau Bönnighausen erläutert, der Vergaberat sei beauftragt, die Mittel aus BINGO zu verausgaben. Sie gehe davon aus, dass es eine Ausschreibung oder ähnliches gegeben habe und alle Ausgaben entsprechend belegt seien. Das sei wie bei allen anderen Geschäftsführungen für Projektaufträge, die anteilig berechnet und belegt würden.

Herr Heydt, Leiter des Referats Haushalt, Innerer Dienst im MEKUN, legt dar, bekannt sei, dass das Umweltkontor Nord auch Geschäftsführung für andere Lotterien anderer Länder mache.

Abgeordnete Krämer bittet darum, dem Ausschuss den Rechenschaftsbericht des Umweltkontor Nord zur Verfügung zu stellen. – Frau Bönnighausen sagt dies zu.

### **Kapitel 13 12 – Immissionsschutz, Bio- und Gentechnologie**

Abgeordnete Krämer stellt Fragen zu der Ansatzhöhe bei Titel 111 05 – Gebühren und Auslagen bei immissionsschutzrechtlichen Anzeige- und Genehmigungsverfahren – (Seite 55 des

Umdrucks 20/5478). – Herr Knuth, Staatssekretär im Ministerium für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur, erläutert, die Einnahmeentwicklung sei schwer vorherzusehen und orientiere sich an den tatsächlichen Einnahmen. Aus diesem Grunde solle nicht mit Einnahmen kalkuliert werden, die möglicherweise nicht erreicht werden könnten. Die Einnahmeentwicklung in 2026 sei zum jetzigen Zeitpunkt Spekulation.

Staatssekretär Knuth legt auf eine weitere Frage der Abgeordneten Raudies dar, dass hier nicht nur Auslagen veranschlagt seien, sondern auch Gebühren, denen anteilig Personalkosten gegenzurechnen seien.

Frau Ulbrich, Leiterin des Referats Personal und Organisation im MEKUN, sagt zu, den korrespondierenden Ausgabetitel schriftlich nachzureichen. – Abgeordnete Raudies bittet darum, die Angabe zu ergänzen um die Anzahl der Personen, die für die Untersuchungen und die Marktüberwachung vorgesehen seien, sowie die Fälle, die darunter fielen.

Auf eine weitere Nachfrage der Abgeordneten Krämer legt Frau Ulbrich dar, bei dem Titelanatz habe man sich an den bisherigen Erfahrungen der Vergangenheit orientiert. Der Titelanatz sei eher vorsichtiger kalkuliert.

Minister Goldschmidt antwortet auf eine Frage des Abgeordneten Dr. Schunck zu Titel 111 15 – Gebühren, Auslagen und tarifliche Entgelte für abfallrechtliche Überwachungen von Deponien und anderen Anlagen – (Seite 57 des Umdrucks 20/5478), die Landesregierung habe bei den Gebühreneinnahmen eine zweiprozentige Anpassung über alle Gebührentatbestände vorgenommen. Veranschlagt seien die prognostizierten Mehreinnahmen.

Eine Frage der Abgeordneten Raudies zu Titel 533 05 – Anteilige Finanzierung Betrieb Großmessstation – (Seiten 60 und 61 des Umdrucks 20/5478) beantwortet Staatssekretär Knuth dahin, dass die entsprechenden Verwaltungsvereinbarungen zwischen Hamburg, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein vor dem Abschluss stünden. Er gehe davon aus, dass im nächsten Jahr Investitionskosten anfielen. Künftig sei mit laufenden Kosten in Höhe von circa 90.000 Euro jährlich zu rechnen.

## **Kapitel 13 13 – Naturschutz**

Auf eine Frage der Abgeordneten Krämer zu Titel 119 98 – Einnahmen aus Ersatzzahlungen gem. § 15 Bundesnaturschutzgesetz i. V. m. § 9 Landesnaturschutzgesetz – (Seite 65 des Umdrucks 20/5478) – beantwortet Staatssekretärin Günther dahin, der Ansatz werde konservativ geplant, da nicht genau bekannt sei, was im nächsten Jahr passiere. Es sei wichtiger, eine realistische Größenordnung anzugeben, als bei den Einnahmen zu optimistisch zu kalkulieren. – Abgeordnete Krämer merkt an, bei Ausgaben werde in der Regel zu großzügig kalkuliert.

Auf eine Frage der Abgeordneten Raudies zu Titel 422 01 – Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten (Richterinnen und Richter) – (Seite 71 ff. des Umdrucks 20/5478) legt Staatssekretärin Günther dar, die Beamtenstellen sei mit einem kw-Vermerk versehen für den Fall, dass keine Einnahmen mehr aus dem Sondervermögen flössen. Gegebenenfalls müssten Beamte umgesetzt werden.

Frau Bönnighausen bejaht die Frage des Abgeordneten Hölck, ob der Titel 656 05 – An Stiftungen und Sonstige für Maßnahmen des Natur- und Artenschutzes – (Seite 105 ff. des Umdrucks 20/5478) ausgeschöpft werde. Vertreter des Ministeriums antworten, dem Ansatz lägen entsprechende Antragsbewilligungen zugrunde.

Auf eine Frage des Abgeordneten Dr. Schunck zu dem Nullansatz bei Titel 683 02 – Billigkeitsleistungen an landwirtschaftliche Unternehmen zum Ausgleich von durch Weißwangengänsen verursachte landwirtschaftliche Schäden an Sommerungen – (Seite 93 des Umdrucks 20/5478) antwortet Minister Goldschmidt, die Richtlinie sei weiterhin in Kraft. Es gebe einen Deckungskreis, innerhalb dessen Zahlungen möglich wären.

Frau Seemann, Vizepräsidentin des Landesrechnungshofs, fragt nach dem Unterschied zu der Förderung aus dem MLLEV und stellt die Frage in den Raum, warum die Förderrichtlinie für Schäden durch Weißwangengänse bei Sommerungen aufrechterhalten werde und nicht der entsprechende Titel für Schäden durch Gänse im Einzelplan 08 aufgestockt werde, zumal die Antragstellung im Rahmen der Förderrichtlinie im MEKUN sehr kompliziert sei.

Auch Abgeordnete Herdejürgen stellt die Frage, warum die Förderung aus dem Einzelplan 13 und nicht aus dem Einzelplan 08 erfolgt. Im Übrigen hält sie es für sinnvoll, sämtliche Fördermöglichkeiten zu überarbeiten, sodass sie weniger kompliziert würden.

Minister Goldschmidt erläutert, dass Tiere, auch Gänse und Zugvögel und Meeresgänse, zur Natur gehörten. Seien diese Tiere jagdbar, sei gewissermaßen die Jagd dafür verantwortlich, einen Umgang mit Schäden zu finden, und die Veranschlagung erfolge im Einzelplan 08. Die Weißwangengans sei aber eine geschützte Art. Deshalb sei das MEKUN – Einzelplan 13 – zuständig. Im Rahmen der hier in Rede stehenden Förderrichtlinie sollten Schäden an Sommerungen entschädigt werden, die durch Weißwangengänse verursacht würden. Sommergetreide sei eigentlich eine gute Maßnahme, um mit Gänsen umgehen zu können. Es solle daher ein Anreiz geschaffen werden, dass Landwirte mit Sommerungen arbeiteten, aber Entschädigungen erhalten könnten, sofern es Fraßschäden gebe. Das MLLEV zahle Billigkeitsleistungen für nicht geschützte Arten und sei sehr viel weitgehender. Vehement widerspreche er der Aussage, die Richtlinie sei kompliziert. Dass aus diesem Titel keine Gelder abfließen, habe andere Gründe.

Abgeordnete Redmann meint, dass das Programm in der vorliegenden Form nicht sinnvoll sei und erkundigt sich nach möglichen Synergieeffekten bei einer möglichen Anbindung an das MLLEV. – Frau Bönnighausen versichert, die beiden Ministerien arbeiteten hier eng zusammen. Es gebe unterschiedliche Zielrichtungen und keine Doppelungen.

Abgeordnete Backsen erinnert daran, dass diese Förderung aufgrund von Forderungen aus der Landwirtschaft aufgelegt worden sei. – Abgeordnete Redmann weist darauf hin, dass aus diesem Programm keine Mittel abgerufen würden. Das mache ihrer Ansicht nach deutlich, dass es nicht sinnvoll sei, sondern eher ein Beruhigungsprogramm für Landwirte. Dass die Entschädigungsleistungen in unterschiedlichen Ministerien veranschlagt seien, sei aus ihrer Sicht nachvollziehbar.

Abgeordnete Krämer erkundigt sich zu Titel 526 02 – Ausgaben für Sachverständige, Gutachten und ähnliches – (Seite 76 des Umdrucks 20/5478) nach der Notwendigkeit der Ausbringung von Verpflichtungsermächtigungen.

Frau Bönnighausen erläutert, derzeit sei noch kein Gutachten erteilt worden. Die Folgen des Urteils des EuGH zu Mähwiesen könnten gravierend sein. Vor diesem Hintergrund wolle man die Flexibilität haben, entstehende Fragen komplett abarbeiten zu lassen. Das Mähwiesen-Urteil und die Konsequenzen daraus werde das Land sicherlich in den nächsten Jahren intensiv beschäftigen.

Auf Fragen des Abgeordneten Plambeck zu Titel 534 04 – Sonstige Aufträge zur Bekämpfung von invasiven Arten – (Seite 85 des Umdrucks 20/5478) erläutert Frau Bönnighausen, es gehe bei diesem Titel um die Bekämpfung von invasiven Arten, die in der EU-Richtlinie gelistet seien, die sich gewissermaßen im Anfangsstadium befänden. Invasive Arten könnten realistischerweise nur bekämpft werden, wenn man sie frühzeitig bekämpfe. Die Verpflichtungsermächtigung sei ausgebracht für den Fall, dass Ende des Jahres Maßnahmen beauftragt würden, die im Folgejahr weitergeführt werden müssten.

Auf den Hinweis des Abgeordneten Dr. Schunck, dass es sich bei Muntjaks nicht um eine neue Art handele, weist Frau Bönnighausen darauf hin, dass sich diese Art gerade von Süden nach Norden hin ausbreite.

Abgeordnete Redmann gibt ihrer Überraschung Ausdruck darüber, dass es bei Titel 894 07 – Maßnahmen der Modellregion Schlei – (Seite 100 des Umdrucks 20/5478) keinen Mittelabfluss gebe. – Frau Bönnighausen bestätigt, dass gegenwärtig keine konkreten Projektanträge vorlägen. Ihrer Auffassung nach hänge dies ein bisschen mit personellen Ressourcen zusammen.

Von der Abgeordneten Krämer nach dem Grund für den hohen Mittelansatz bei dem derzeitigen Ist bei Titel 533 08 – Ausgaben für Werkverträge und andere Auftragsformen im Rahmen des Wolfsmanagements – (Seite 77 des Umdrucks 20/5478) befragt, antwortet Staatssekretärin Günther, man wolle beim Wolfsmanagement immer flexibel sein. Es sei schlecht zu prognostizieren, was im Laufe eines Jahres passiere. Sie weist darauf hin, dass es in Schleswig-Holstein derzeit zwei Rudel und ein residentes Paar gebe. Außerdem seien durchreisende Wölfe im Blick zu behalten.

Frau Bönnighausen bestätigt, Organisation und Koordination der 24-Stunden-Bereitschaft seien Grundkosten. Bei jedem Rissgeschehen gebe es Aufträge, beispielsweise Verursacherermittlung, Nachvollziehbarkeit, DNA-Tests und ähnliches. Dies sei durchaus abhängig vom

Rissgeschehen und davon, wie viel Risse in einem Jahr passierten. Dann gehe es darum, schnell zu reagieren und den Tierhaltern eine Antwort geben zu können.

Zu Titel 534 07 – Sonstige Aufträge im Zusammenhang mit Konzepten zum Ostseeschutz – (Seite 87 des Umdrucks 20/5478) bittet Abgeordnete Raudies um schriftliche Auflistung, wer Vertragspartner für die kommunikative Begleitung sei und welche einzelnen Maßnahmen mit welchen Mitteln, welche Veranstaltungen und welche Materialien zu welchen Kosten jeweils beauftragt worden seien.

Abgeordnete Krämer erkundigt sich bei Titel 533 10 – Ausgaben für Werkverträge oder andere Auftragsformen im Rahmen des Monitorings und der Biotopkartierung – (Seite 83 des Umdrucks 20/5478) nach dem Grund der Ausbringung von Verpflichtungsermächtigungen noch über 2030 hinaus. – Staatssekretärin Günther erläutert, es gebe bei verschiedenen Positionen die Angabe, dass Verpflichtungsermächtigungen über 2030 ff. ausgewiesen würden. Dort seien immer kleine Summen eingestellt worden. Es gehe immer wieder, wie zum Beispiel bei der Biotopkartierung, aber auch bei der Umsetzung der Meeresschutzrahmenrichtlinie darum, dass es sich um Maßnahmen handele, die viele Jahre dauerten und immer der Nachbereitung bedürften. Deshalb müsse es die Möglichkeit geben, sich vertraglich zu binden, sodass gesichert sei, dass es keinen ständigen Wechsel gebe.

Abgeordnete Raudies fragt nach, für welche Maßnahme die Verpflichtungsermächtigung für erforderlich gehalten werde. – Minister Goldschmidt sagt zu, fachlich aufzubereiten, warum Verpflichtungsermächtigungen so lange gebunden werden sollten. – Abgeordnete Krämer bittet darum, dies für alle Verpflichtungsermächtigungen, die über die jetzige Legislaturperiode hinausgehen, aufzubereiten, die für die Jahre 2027 ff. in den Haushalt eingestellt seien.

Abgeordnete Raudies erkundigt sich nach dem Grund für die Neuausbringung eines Ansatzes bei Titel 547 02 – Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben – (Seite 89 des Umdrucks 20/5478). – Frau Bönnighausen antwortet, die Neuausbringung des Titels diene der Haushaltsklarheit und -wahrheit. Die Mittel würden dort zusammengeführt und verortet, wo sie gebraucht würden, ohne dass zusätzliche Mittel veranschlagt würden.

Abgeordnete Krämer erkundigt sich nach dem Grund der Verpflichtungsermächtigung bei Titel 534 06 – Kosten im Zusammenhang mit Meeressäugern – (Seite 86 des Umdrucks 20/5478).

– Frau Bönninghausen erläutert, es gehe um die professionelle Entsorgung von gestrandeten Walen und darum, dass dies schnell erfolgen könne. Aus diesem Grund sei es notwendig, längerfristige Verträge abzuschließen.

Abgeordnete Krämer gibt zu bedenken, aufgrund der Jährlichkeit des Haushalts erhielten viele Vereine im Rahmen einer vorläufigen Haushaltsführung häufig erst im April des Folgejahres eine erste Abschlagszahlung erhielten und wüssten nie, ob sie ihre Projekte fortführen könnten. Nur im Einzelplan 13 würden zur Wahrung der Kontinuität häufig langfristige Verträge abgeschlossen.

Abgeordnete Krämer bittet zu Titel 686 02 – Zuwendungen an Naturparke für nicht investive Maßnahmen – (Seite 97 des Umdrucks 20/5478) um schriftliche Begründung, warum die Personalkosten für Nationalparke bis über 2030 hinaus abgesichert sind.

Staatssekretärin Günther führt aus, es sei Tradition im Einzelplan 13, langfristig Verträge abzuschließen und deswegen immer wieder Verpflichtungsermächtigungen auszubringen, um den Menschen, mit denen zusammengearbeitet werde, Planungssicherheit zu bieten. Sie halte es für ein wichtiges Instrument im Naturschutz, Strukturen nicht immer wieder neu aufzubauen, sondern sie verlässlich und kontinuierlich zu erhalten und den Projektträgern eine gewisse Planungssicherheit zu geben.

Abgeordnete Krämer verweist erneut auf andere Vereine und Institutionen, die nicht über Planungssicherheit verfügten, sondern befristete Arbeitsverträge abschlossen. Sie meint, es könne nicht sein, dass für ein einzelnes Haus andere Regeln gälten und man über 2030 hinaus Schattenhaushalte mit entsprechendem Personal abbilde.

Minister Goldschmidt bekräftigt, er sehe keine Sonderregelung für den Einzelplan 13. Er sei wie alle anderen Einzelpläne vom Landesgesetzgeber beschlossen worden. Naturparke seien Einrichtungen, die auf längere Zeit angelegt seien. Dort würden Mitarbeiter beschäftigt. Das bilde der Haushalt wie in der letzten Legislaturperiode auch ab.

Abgeordnete Krämer kündigt an, bei den Beratungen zum Einzelplan 05 zu erfragen, warum es für den Einzelplan 13 die von ihr geschilderten Regelung und Verpflichtungsermächtigungen für Personal gebe.



Eine Frage der Abgeordneten Redmann zu Titel 686 05 – An Stiftungen und Sonstige für Maßnahmen des Natur- und Artenschutzes – (Seiten 105 ff. Umdruck 20/5478) beantwortet Frau Bönnighausen dahin, dass die Gelder aus diesem Titel durch Zuwendungsbescheide belegt seien. Sie gehe davon aus, dass sie bis zum Ende des Jahres abfließen. Der aktuelle Mittelabfluss werde nachgereicht. – Frau Dr. Krupp ergänzt, dass ein Großteil der Förderungen im Dezember abgerufen werde. – Frau Bönnighausen fügt auf eine Frage der Abgeordneten Redmann hinzu, dass für 2026 bereits 600.000 Euro bewilligt seien.

Auf einen Hinweis des Abgeordneten Dr. Schunck erläutert Frau Bönnighausen, dass die Maßnahme „NP Westensee Obere Eider“ versehentlich bei diesem Titel aufgeführt sei.

Abgeordnete Raudies kündigt an, künftig nicht nur nach dem aktuellen Mittelabfluss, sondern auch nach den vorgemerkten Beträgen zu fragen.

Auf Fragen der Abgeordneten Krämer zu Titel 686 05 – An Stiftungen und Sonstige für Maßnahmen des Natur- und Artenschutzes – sowie Titel 686 08 – An Vereine, Verbände, Gebietskörperschaften, Stiftungen und Sonstige für nichtinvestive Maßnahme i.R. der Umsetzung von NATURA 2000 für Projekte in Bereichen des Natur- und Artenschutzes in der NATURA 2000 Gebietskulisse – (Seiten 107 bis 110 des Umdrucks 20/5478) – legt Frau Dr. Krupp dar, die Personalförderung werde im Rahmen der jeweiligen Projekte abgewickelt. Normalerweise werde ein Folgeprojekt beantragt. Die Zuwendungsempfänger hätten darauf zu achten, dass keine Kettenverträge abgeschlossen würden.

Auf eine Frage der Abgeordneten Krämer zu Titel 893 04 – An Stiftungen und Sonstige für Grundstücksankäufe auch im Rahmen von Natura 2000 – (Seite 115 des Umdrucks 20/5478) antwortet Frau Bönnighausen, die Verpflichtungsermächtigung ermögliche die notwendige Flexibilität für Maßnahmen, die über das Haushaltsjahr hinausgingen.

Abgeordnete Krämer richtet an die Landesrechnungshof die Frage, ob Verpflichtungsermächtigungen dazu dienen, der Landesregierung Flexibilität zu ermöglichen. – Frau Seemann antwortet, sie wolle diese Frage mit den Haushaltsexperten in ihrem Hause besprechen. Im Prinzip halte sie Verpflichtungsermächtigungen in diesem Rahmen für schwierig. Sie halte es aber auch für schwierig, dem Umweltministerium vorzuwerfen, dass es etwas mache, was andere

Häuser nicht machten. Sie kündigt an, die unterschiedliche Veranschlagungsweise der verschiedenen Häuser im Rahmen von Prüfungen des Landesrechnungshofs mit dem Finanzministerium beziehungsweise der Landesregierung insgesamt zu erörtern.

Auf eine Bitte der Abgeordneten Krämer zu Titel 893 06 – An Stiftungen und Sonstige f. Investive Maßnahmen auch für d. Umsetzung von Natura 2000 sowie des Artenschutzes i.R. der FFH-Richtlinie und EU-Vogelschutzrichtlinie – (Seite 116 des Umdrucks 20/5478) sagt Staatssekretärin Günther zu, dem Ausschuss das Gesamtvolumen für das Aussetzungsvorhaben zur Wiederansiedlung der Rotbauchunke zuzuleiten.

Abgeordnete Redmann erkundigt sich zu Titel 534 09 – Untersuchungsprogramme zur Beschaffenheit der Küstengewässer – (Seite 121 des Umdrucks 20/5478) nach der Differenz zwischen verausgabten und angesetzten Mitteln. – Frau Bönnighausen sagt zu, nachzuliefern, wie viele Mittel in 2025 gebunden seien.

Staatssekretärin Günther beantwortet eine Frage der Abgeordneten Redmann zu Titel 534 11 – Aufträge und Untersuchungen im Rahmen der Meeresschutzstation Ostsee – (Seite 126 des Umdrucks 20/5478) dahin, sobald eine Räumlichkeit für eine Meeresschutzstation Ostsee gefunden sei, solle diese auch für eine Ausstellung genutzt werden. Diese müsse sinnhaft konzipiert werden, wie dies beispielsweise beim Ostsee-Informationszentrum in Eckernförde oder beim Multimar Wattforum an der Westküste der Fall sei.

Abgeordnete Krämer kritisiert die Höhe des Ansatzes für die Erstellung einer Konzeption angesichts der Tatsache, dass beispielsweise für Tierschutz Titel gekürzt oder gestrichen worden seien. – Abgeordnete Redmann führt aus, man könne darüber streiten, ob die hier veranschlagten Mittel der Höhe nach sinnvoll seien; allerdings halte sie den Kostenansatz durchaus für berechtigt.

Minister Goldschmidt macht deutlich, dass Umwelt und Naturschutz allein nur mit Geboten und Verboten durchgeführt werden könne. Beim Aktionsplan Ostseeschutz habe man sich aber für einen hohen Anteil an Freiwilligkeit und Teamwork im Zusammenhang mit dem Ostseeschutz und der Bildung für nachhaltige Entwicklung entschieden. Dazu werde eine Meeresschutzstation eingerichtet. Dies sei dem Land und der Öffentlichkeit gegenüber im Aktionsplan Ostseeschutz deutlich gemacht worden. Die Station sei personell bereits weitgehend aufgestellt, habe

aber noch keine Immobilie. Diese werde aktuell gesucht. Dazu bediene man sich der GMSH. Derzeit werde bereits mit dem Finanzministerium auf Leitungsebene darüber gesprochen, dieses Projekt prioritär zu behandeln. Der Titelantrag, der leider in 2025 nicht ausgegeben werden können, da noch kein Gebäude gefunden sei, solle überrollt werden. Die geplanten Maßnahmen seien transparent dargestellt. Dazu gehörten ein Seevogelmonitoring und die Konzeption einer Ausstellung. Letztere halte er für zwingend erforderlich. Er teile die Auffassung der Abgeordneten Redmann, dass es für die Konzeption einer Ausstellung sinnvoll und erforderlich sei, die Räumlichkeiten zu kennen.

Frau Bönnighausen sagt auf Bitte der Abgeordnete Krämer zu, die Ist-Auslastung in 2025 schriftlich nachzureichen.

Auf Bitte der Abgeordneten Raudies zu Titel 686 04 – Zuwendungen an Akteure der Biodiversitätsstrategie für nichtinvestive Maßnahmen – (Seiten 128 und 129 des Umdrucks 20/5478) sagt Frau Bönnighausen zu, die Hinterlegung der BGM-Maßnahmen sowie der Umstellung der GAP-Förderung auf ein neues Zahlungssystem nachzuliefern.

Frau Bönnighausen geht – so auf eine Frage der Abgeordneten Redmann zur Umsetzung der Biodiversitätsstrategie – davon aus, dass es sich hier um eine Addition unterschiedlicher Maßnahmen handele, für die die Mittel gebunden seien.

Abgeordnete Raudies erkundigt sich bei Titel 893 09 – Zuwendungen an Akteure der Biodiversitätsstrategie für investive Maßnahmen – (Seiten 134 bis 136 des Umdrucks 20/5487) danach, inwieweit die Bekämpfung invasiver Arten investive Maßnahmen seien. – Abgeordnete Krämer unterstützt die Bitte nach der Investitionsbegründung. – Frau Bönnighausen sagt zu, die Antwort schriftlich nachzuliefern.

Abgeordnete Krämer bittet ferner um Mitteilung, wie viele Mittel in 2025 aus diesem Titel voraussichtlich noch abfließen. – Frau Bönnighausen sagt zu, diese Frage schriftlich zu beantworten.

Auf eine weitere Frage der Abgeordneten Krämer legt Staatssekretärin Günther dar, dass aus diesem Titel nichts in Rücklagen fließe.

Eine Frage der Abgeordneten Kleinschmit beantwortet Herr Heydt dahin, dass die Mittel an die Kreise ausgekehrt würden. Es sei nicht unüblich, dass es zu Rückzahlungen komme.

Staatssekretärin Günther antwortet auf eine Frage der Abgeordneten Redmann zu Titel 894 08 – An die Stiftung Naturschutz Schleswig-Holstein für Maßnahmen zur Umsetzung des Programms „Biologischer Klimaschutz“ – (Seite 139 des Umdrucks 20/5478), derzeit würden Gespräche mit der Stiftung Naturschutz geführt. Sie prognostiziere, dass die Mittel bis zum Jahresende abfließen. – Frau Redmann bittet darum, künftig bei Beantwortung von Fragen nach dem Ist auch den voraussichtlichen Mittelabfluss bis zum Jahresende aufzuführen.

Eine Frage der Frau Seemann beantwortet Staatssekretärin Günther dahin, dass die Mittel in den Fonds für den „Biologischen Klimaschutz“ abfließe und die Stiftung damit arbeite.

Auf Bitte der Abgeordneten Krämer wird die Landesregierung die Umverteilung von Mitteln innerhalb des Naturschutzhaushaltes zur Finanzierung von Maßnahmen und Stellen zur Umsetzung der Biodiversitätsstrategie sowie die Anzahl der Stellen schriftlich darstellen.

Auf eine Frage der Abgeordneten Krämer zu Titel 533 23 – Entgelte für die Abwicklung der Vertragsnaturschutz-Programme „Waldvertragsnaturschutz“ – (Seite 151 des Umdrucks 20/5478) antwortet Frau Bönnighausen, dass es sich hier um ein neues Vertragsnaturschutzmuster handle, das erst anlaufen müsse. Die kalkulierte Höhe liege bei 50.000 Euro. Dieser Vertragsnaturschutz solle weiter gefördert und angeboten werden.

Die Frage der Abgeordneten Krämer zum Titelantrag bei Titel 099 01 – Einnahmen aus der Abwasserabgabe – (Seite 155 des Umdrucks 20/5478) beantwortet Herr van Riesen dahin, dass die Einnahmen bei zwei Titeln veranschlagt seien.

Herr van Riesen geht – so legt er auf eine Frage der Abgeordneten Redmann dar – davon aus, dass der Titelantrag bei Titel 564 01 – Ausgaben im Zusammenhang mit „Munition im Meer“ – (Seite 160 des Umdrucks 20/5478) noch in diesem Jahr verausgabt werde.

Eine Frage der Abgeordneten Krämer beantwortet Herr van Riesen dahin, dass in 2025 noch etwa 200.000 Euro abfließen.

Abgeordnete Raudies und Abgeordnete Krämer kritisieren zu Titel 428 01 – Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – (Seite 159 des Umdrucks 20/5478), dass Personalstellen aus der Rücklage Bevölkerungsschutz bezahlt werden sollten, und damit aus Mitteln, die für Investitionen vorgesehen gewesen seien. Sie bitten um schriftliche Beantwortung der Fragen, warum im Haushaltsentwurf nicht veranschlagt worden sei, dass die Stellen aus den Rücklagen finanziert worden seien, und warum überhaupt Stellen aus Rücklagen finanziert würden. – Herr van Riesen erläutert, dass es sich bei diesen Stellen um zeitlich befristete Stellen handele. Er sagt im Übrigen zu, die Fragen schriftlich zu beantworten.

Abgeordneter Hölck erkundigt sich zu Titel 682 06 – Personalkostenzuschuss für den Landesbetrieb für Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz SH (LKN.SH) – (Seite 164 des Umdrucks 20/5478) danach, wie viele Stellen in 2025 besetzt worden seien. – Herr van Riesen antwortet, in 2025 seien acht von 15 Stellen besetzt worden. Derzeit seien vier Ingenieur- und eine Technikerstelle ausgeschrieben. Zwei Ausschreibungen müsse man wiederholen.

Abgeordnete Krämer spricht den zusätzlichen Stellenaufwuchs in 2026 an und erkundigt sich danach, ob der Stellenaufwuchs damit beendet sei. – Staatssekretärin Günther antwortet, damit seien die derzeit geplanten Stellen aus dem Programm vollständig.

Auf eine Frage der Abgeordneten Raudies zum Krückau-Sperrwerk in Elmshorn legt Herr van Riesen dar, dabei handele es sich um einen Landesschutzdeich. Somit sei dies Landesaufgabe. Er sagt zu, die grundsätzliche Kostenaufteilung schriftlich nachzuliefern.

Herr van Riesen bestätigt auf eine Frage des Abgeordneten Hölck zu Titel 682 09 – Betriebszuschuss für den Landesbetrieb für Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz SH (LKN.SH) aus der Landeswasserabgabe – (Seite 167 des Umdrucks 20/5478), dass die Mittel voraussichtlich in 2025 noch abfließen.

Abgeordnete Redmann erkundigt sich zu Titel 887 02 – An Wasser- und Bodenverbände für Maßnahmen in Niederungen – (Seite 171 des Umdrucks 20/5478) nach dem Kompetenznetzwerk Niederungen. – Herr van Riesen erläutert, das Kompetenznetzwerk Niederungen sei über den Landesverband der Wasser- und Bodenverbände bei der CAU in Kiel angesiedelt.

Dort sei ein Mitarbeiter bis Ende 2026 befristet eingestellt und sozusagen Verbundpartner zwischen der Landesregierung, den Wasser- und Bodenverbänden und denjenigen, die in der Region Verantwortung tragen.

Herr van Riesen bestätigt auf eine Frage der Abgeordneten Krämer, er gehe nach wie vor davon aus, dass die Mittel bis zum Jahresende abfließen.

Abgeordnete Redmann bittet zu Titel 887 05 – An Wasser- und Bodenverbände, deren Landesverband und an sonstige Vorhabensträger für Maßnahmen zur Umsetzung der WRRL – (Seite 174 des Umdrucks 20/5487) um schriftliche Erläuterung, für welche Flächen und welchen Zweck das Vorkaufsrecht ausgeübt worden sei.

Abgeordnete Krämer bittet um Nennen der Maßnahmen, für die in diesem Jahr noch Geld abfließen.

Abgeordnete Raudies erkundigt sich zu Titel 981 93 – Verrechnung der anteiligen Bereitstellung von Mitteln für das MLLEV zum Zuschuss für das Modellvorhaben im Rahmen der Zielvereinbarung mit der Landwirtschaft aus dem Aktionsplan Ostsee – (Seite 178 des Umdrucks 20/5478) danach, wann mit einem Ergebnis der Gremien zu rechnen sei. – Minister Goldschmidt verweist auf die Zuständigkeit des MLLEV.

Auf eine Frage der Abgeordneten Krämer zu Titel 883 01 – Zuweisungen an Gemeinden für Maßnahmen zur Verbesserung der Gewässergüte – (Seiten 180 und 181 des Umdrucks 20/5478) antwortet Herr van Riesen, er rechne damit, dass der Titel noch in diesem Jahr ausgeschöpft werde.

Herr van Riesen bejaht die Frage der Abgeordneten Raudies, ob bei diesem Titel Investitionszuschüsse für kleinere Kläranlagen in Gemeinden veranschlagt seien. Sie bittet um Übermittlung einer Liste der Gemeinden, die derartige Zuschüsse erhalten haben.

Herr von Riesen antwortet auf eine Frage der Abgeordneten Krämer zu Titel 533 37 – Untersuchungsprogramme zur Beschaffenheit der Fließgewässer – (Seite 186 des Umdrucks 20/5478), dass die veranschlagten Maßnahmen noch in 2025 abgerechnet würden.

Abgeordnete Redmann bittet zu Titel 533 15 – Werkverträge und andere Auftragsformen – (Seite 184 des Umdrucks 20/5478) um Erläuterung des zentralen Kanalkatasters. – Herr van Riesen sagt zu, die Antwort schriftlich nachzureichen.

Auf eine Frage des Abgeordneten Hölck bestätigt Herr van Riesen, dass voraussichtlich Mittel in Höhe von etwa 210.000 Euro nicht verausgabt würden.

Herr van Riesen bestätigt, dass bei Titel 533 47 – Hydrogeologische Untersuchungen – (Seite 187 des Umdrucks 20/5478) mit einem Mittelabfluss in 2025 zu rechnen sei.

Auf eine Frage des Abgeordneten Hölck zu Titel 533 43 – Maßnahmen zur Verbesserung des Zustandes des Grundwassers – (Seite 188 des Umdrucks 20/5478) legt Herr van Riesen dar, beabsichtigt sei, die Mittel noch in 2025 auszugeben.

Abgeordnete Raudies spricht bei diesem Titel die Zusammenarbeit zwischen MEKUN und MLLEV an und kritisiert erneut die Trennung des ehemaligen MELUND in zwei Ministerien.

Staatssekretärin Günther legt dar, die Beschaffenheit für das Grundwasser ressortiere in der Verantwortung des MEKUN. Werde dieses durch unterschiedliche Bewirtschaftungsformen der Landwirtschaft möglicherweise beeinträchtigt, sei es Aufgabe der Landesregierung, darauf hinzuwirken, dass Verbindungen geschaffen würden wie beispielsweise mit der Allianz für Gewässerschutzberatung, damit Grundwasser möglichst wenig belastet werde. Es handele sich um eine bewährte Struktur zwischen dem MLLEV und dem MEKUN, aber auch mit dem Bauernverband und anderen Institutionen, die die Maßnahmen in der Fläche umsetzten.

### **Kapitel 13 16 – Abfallwirtschaft, Bodenschutz und Altlasten**

Auf eine Frage des Abgeordneten Dr. Schunck zu Titel 531 03 – Zuweisungen des Bundes für das Projekt „Tiefer Untergrund Norddeutsches Becken VELO 2.0 (TUNB 2.0) – (Seite 195 des Umdrucks 20/5478) beantwortet Herr Ortlepp, Leiter des Referats Rechts- und Verwaltungsangelegenheiten der Abteilung V3 im MEKUN, dahin, dass das Projekt zwar noch nicht abgeschlossen sei, aber in 2026 keine Mittel mehr notwendig seien. Die Auswertung der Datenerhebung erfolge durch Kräfte im Ministerium.

Auf eine Frage der Abgeordneten Redmann zum Mittelabfluss zu Titel 533 09 – Erstellen von Plänen, Konzeptionen und ähnlichem für die Abfallvermeidung/Verwertung und Entsorgung, sowie der Umwandlung der Abfallwirtschaft zu einer Kreislaufwirtschaft – (Seit 207 des Umdrucks 20/5478) legt Staatssekretär Knuth dar, dass in diesem Jahr wahrscheinlich keine Mittel mehr abfließen. Für 2026 könnten die Ausgaben noch nicht maßnahmenscharf benannt werden. Der Aktionsplan Kreislaufwirtschaft sei mit einer Reihe von tatsächlichen Beratungsmaßnahmen und Informationsmaßnahmen hinterlegt. Von daher gehe er davon aus, dass es in 2026 einen deutlich höheren Mittelabfluss geben werde.

Abgeordnete Krämer erkundigt sich zu den Titeln 633 58 – An Kreise und Gemeinden für die Ermittlung von Altlasten (Seiten 203 bis 205 des Umdrucks 20/5478) nach dem Grund für die Dauer der Verpflichtungsermächtigungen. – Staatssekretär Knuth legt dar, dass positive Förderbescheide nur dann ausgesprochen werden dürften, wenn diese mit Verpflichtungsermächtigungen im Haushalt hinterlegt seien. Er bestätigt, es handele sich um belastete Böden, die über mehrere Jahre regelmäßig überwacht werden müssten.

Auf eine Frage der Abgeordneten Krämer zum Mittelabfluss aus Titel 633 02 – An Kreise und Gemeinden zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und des Ressourcenschutzes – (Seite 209 des Umdrucks 20/5478) erläutert Staatssekretär Knuth, bisher sei ein Abfallvermeidungskonzept der Stadt Neumünster gefördert worden. Ob in diesem Jahr weitere Maßnahmen in Rechnung gestellt würden, könne er derzeit nicht sagen. Das Projekt laufe noch. Die Förderrichtlinie sei bis Ende 2026 offen, sodass noch mit weiteren Anträgen von Gemeinden gerechnet werden könne.

Staatssekretär Knuth bestätigt auf eine Nachfrage der Abgeordneten Redmann, es liege im Interesse der Landesregierung, wenn auf kommunaler Ebene Abfallvermeidungskonzepte erstellt würden. Es werde versucht, immer wieder auf die Fördermöglichkeit für die kommunale Ebene aufmerksam zu machen.

Auf eine weitere Nachfrage der Abgeordneten Raudies legt Staatssekretär Knuth dar, dass es auf kommunaler Ebene durchaus Interesse an dem Thema gebe, weil die klassische Abfallplanung spezifische Konzepte wie Müllvermeidungs- oder ähnliche Konzepte nicht umfasse.



## **Kapitel 13 20 – Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“**

Frau Cordsen erläutert auf eine Frage der Abgeordneten Krämer zu Titel 271 02 – Erstattungen von der EU aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) Förderperiode 2023-2027 – (Seite 279 des Umdrucks 20/5478), derzeit laufe gleichzeitig das ELER-Programm, das Ende 2025 ablaufe, als auch die Förderung nach der neuen Förderperiode. Es gebe Überschneidungen. Aktuell versuche man, möglichst viele Mittel aus dem alten Programm zu verausgaben. In dieser Förderperiode liefen umfängliche Förderungen; noch nicht alle Maßnahmen seien vom alten auf das neue Programm umgestellt.

Auf eine Nachfrage antwortet sie, dass man bei der alten Förderperiode bei knapp 95 Prozent Verausgaben liege. – Die Veranschlagung bei diesem Titel beziehe sich auf den GAP-Strategieplan 2023 bis 2027 und nicht auf das alte Programm, das ausfinanziert werde. – Frau Cordsen sagt auf Bitte der Abgeordneten Krämer zu, schriftlich nachzureichen, wie viel Mittel in 2025 noch verausgabt werden könnten.

Abgeordnete Redmann erinnert an die bewährte Praxis, dass den Ausschüssen eine Liste übermittelt wird, welche Maßnahmen aus ELER finanziert werden.

Auf eine Frage der Abgeordneten Redmann zu Titel 681 02 – Erschwernisausgleich Pflanzenschutz – (Seite 282 des Umdrucks 20/5478) legt Staatssekretärin Günther dar, das Programm habe leider Voraussetzungen, die Schleswig-Holstein tatbestandlich nicht erfülle. Deshalb gebe es keine Konstellationen, in denen das Geld daraus abfließe. Aus diesem Titel seien auch in der Vergangenheit Einsparverpflichtungen erbracht worden. Sie wiederholt auf Nachfrage der Abgeordneten Redmann, die vom Bund vorgegebenen Voraussetzungen seien dergestalt, dass sie auf die schleswig-holsteinischen Landwirte einfach nicht zuträfen. – Abgeordnete Redmann regt an, im Fachausschuss genauer darüber zu berichten.

Staatssekretärin Günther bestätigt auf eine Frage der Abgeordneten Kleinschmit zu Titel 681 03 – Entschädigungen für Nutzungsbeschränkungen im Rahmen des Vertragsnaturschutzes „Rastplätze für wandernde Vogelarten“ und des Halligprogramms – (Seite 283 des Umdrucks 20/5478), die neuen Verträge, für die gerade die Genehmigungen ausgesprochen worden seien, seien hier noch nicht enthalten.

Auf eine Frage des Abgeordneten Hölck antwortet Frau Bönninghausen, dass man unter Wiedereinzahlung die nicht verwendete Mittel verstehe.

Staatssekretär Knuth erklärt auf eine Frage der Abgeordneten Raudies zu Titel 892 20 – Zuschüsse im Rahmen des Agrarinvestitionsförderungsprogramms (AFP) – (Seite 286 des Umdrucks 20/5478), die Mittel würden in Kapitel 13 20 im MLLEV bewirtschaftet. Im Haushalt des MEKUN erfolge die Veranschlagung für die GAK. Insofern handele es sich um einen Durchleitungsposten.

Auf eine Frage der Abgeordneten Krämer zu Titel 892 22 – Zuschüsse zur Verbesserung der Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse – (Seite 291 des Umdrucks 20/5478) führt Staatssekretärin Günther aus, das Kapitel 13 20 werde gemeinsam von MEKUN und MLLEV bewirtschaftet. Grundlage sei die Bundesförderung aus der Gemeinschaftsaufgabe für die Verbesserung des Agrar- und Küstenschutzes. Es gebe unterschiedliche Förderansätze und ein hartes Regiment des Bundes, wie förderfähige Programme auszuweisen hätten. Zwischen MEKUN und MLLEV werde jeweils vereinbart, wie die Mittel aufgeteilt würden. Dabei sei zu beachten, dass der Haushalt des Bundes noch nicht verabschiedet sei, sich insofern noch Unwägbarkeiten im Ansatz befänden.

Abgeordnete Krämer bittet zu Titel 887 02 – Förderung einer naturnahen Waldbewirtschaftung – (Seite 299 des Umdrucks 20/5478) um schriftliche Auflistung der anteiligen Mittel von EU, vom Bund und vom Land.

Abgeordnete Krämer erkundigt sich zu Titel 883 07 – Förderung der forstwirtschaftlichen Infrastruktur – (Seite 298 des Umdrucks 20/5478) danach, aus welcher Quelle die Mittel stammten. – Staatssekretärin Günther sagt zu, diese Frage schriftlich zu beantworten.

### **Kapitel 13 21 – Reaktorsicherheit und Strahlenschutz**

Eine Frage der Abgeordneten Krämer zu Titel 5323 04 – Überwachung der Umwelt auf Radioaktivität – (Seite 325 des Umdrucks 20/5478) beantwortet Staatssekretär Knuth dahin, dass die meisten der hier aufgeführten Titel fast vollumfänglich durch den Bund erstattet würden. Im Regelfall gebe es einen korrespondierenden Einnahmetitel.

## **Einzelplan 16**

### **InfrastrukturModernisierungsProgramm für unser Land Schleswig-Holstein**

#### **(IMPULS 2040)**

#### **Kapitel 16 13 – Ministerium für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Naturschutz**

Eine Frage der Abgeordneten Krämer hinsichtlich zusätzlicher Mittel im Kapitel 16 13 beantwortet Staatssekretärin Günther dahin, dass Mittel aus dem Einzelplan 13 in den Einzelplan 16 umgeschichtet worden seien, sodass diese unter IMPULS fielen.

Herr van Riesen ergänzt, es sei davon auszugehen, dass in 2025 noch rund 11,3 Millionen Euro verausgabt würden.

Abgeordnete Raudies gibt zu Titel 811 01 – Umstellung der Fahrzeuge der Landesverwaltung auf Elektromobilität – (Seiten 338 und 339 des Umdrucks 20/5478) ihrer Verwunderung darüber Ausdruck, dass die Landesregierung im Laufe des Jahres keinen Überblick über die Quote an Fahrzeugen hat, die elektrisch betrieben werden.

Staatssekretär Knuth sagt auf Bitte der Abgeordneten Raudies zu Titel 893 02 – Unterstützung der infrastrukturellen Voraussetzungen für Elektromobilität – (Seite 340 des Umdrucks 20/5478) zu, dem Ausschuss eine Projektliste der geförderten Maßnahmen zuzuleiten.

Auf eine Frage des Abgeordneten Hölck zu Titel 891 05 – Investitionskostenzuschuss an den Landesbetrieb für Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz (LKN.SH) für Maßnahmen des Küstenschutzes und der Wasserwirtschaft – (Seiten 333 bis 335 des Umdrucks 20/5478) bestätigt Herr van Riesen, dass das Land in Verantwortung für eine Deichverstärkungsmaßnahme eine Düne im Nordosten der Insel Helgoland Verantwortung trage. Er sagt zu, die Kosten für die Planungsleistungen nachzureichen.

Auf eine Frage der Abgeordneten Raudies zu Titel 892 06 – Zuschüsse für Investitionen im Rahmen des Projektes HySCALE 100 – (Seite 344 des Umdrucks 20/5478) legt Staatssekretär Knuth dar, nach Aussagen des Bundes werde der Vorhabenträger das Projekt einstellen, sodass nicht mit einem Mittelabfluss zu rechnen sei.

## **2. Verschiedenes**

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

Der Vorsitzende des federführenden Finanzausschusses, Abgeordneter Dirschauer, schließt die Sitzung um 17:55 Uhr.

gez. Christian Dirschauer  
Vorsitzender

gez. Ole Schmidt  
Geschäfts- und Protokollführer